



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN ÖSTERREICH

1030 WIEN, den 19. April 1974.

Prinz Eugen-Strasse 7
Telephon Nr. 72 51 11-15

Ref.: 361.11. - BO/sy.

~~ad s.B. 57.21.7.~~ - ZR/zm.

Vertraulich

an	ZR					c/a
Datum	25.4					
Visa	7					
EPD	25. April 1974					
Ref.	s. B. 51. 13. 015.					

An das Politische Sekretariat des
Eidgenössischen Politischen Departements
B e r n

Herr Botschafter,

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 25. März 1974, mit welchem Sie sich über die innenpolitischen Auswirkungen der Veröffentlichung der Polarka-Operation erkundigen, teile ich Ihnen folgendes mit.

Grob gesprochen, kann festgestellt werden, dass die oben erwähnte Veröffentlichung keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Landesverteidigungspolitik der Regierung gehabt hat. Die Auffassungen der Regierungspartei einerseits und der beiden Oppositionsparteien andererseits in Fragen der Landesverteidigung sind derart festgefahren, dass auch die Publikation der russischen Durchmarschpläne keinerlei Annäherung der Standpunkte zur Folge gehabt hat. Wie Sie wissen, vertritt die Regierung (Bundeskanzler Kreisky und auch Aussenminister Kirchschräger) die Meinung, der Schutz eines neutralen Staates hänge sowohl von der aktiven Aussenpolitik als auch von der Landesverteidigung ab, wobei der Aussenpolitik die grössere Bedeutung beizumessen sei. Diese Theorie wurde nicht nur von den Anhängern der Sozialistischen Partei akzeptiert, sondern auch von weiten Kreisen der OeVP und der FPÖe. Dies trotzdem die Leitungen der Oppositionsparteien der Regierung vorwerfen, sie habe durch die Verkürzung der Wehrdienstpflicht von 9 auf 6 Monate das Bundesheer dermassen dezimiert, dass von einer ernsthaften Landesverteidigung nicht mehr die Rede sein könne. Dass die Auffassung der beiden Oppositionsparteien, die Neutralität eines Landes sei nur dann glaubwürdig, wenn auch die nötigen Mittel vorhanden seien, um diese Neutralität zu verteidigen, bei ihrer Anhängerschaft nicht voll durchzudringen vermag, ist wohl auf die Erfahrungen in den letzten zwei Kriegen zurückzuführen. Die Volksmeinung geht dahin, dass Oesterreich in den beiden letzten Weltkriegen trotz dem Bestehen eines schlagfertigen Bundesheeres besiegt worden sei und es daher keinen Sinn habe, weiterhin mit grossem Kostenaufwand ein modernes Bundesheer aufzubauen. Diese Resignation



wurde von der Regierungspartei entsprechend ausgenützt. Der geschilderte Defätismus ist allerdings nicht in allen Teilen Oesterreichs vorhanden, sondern beschränkt sich vor allem auf die nordöstlichen Bundesländer. Wie ich selbst anlässlich meiner kürzlichen Besuchsreisen in Salzburg und Tirol feststellen konnte, ist in diesen beiden Grenzländern der Wehrwille bei der Bevölkerung tief verwurzelt. Aehnliche Verhältnisse herrschen in der Steiermark und in Kärnten sowie auch in den südwestlichen Teilen Oberösterreichs.

Die Polarka-Veröffentlichung hat aber nicht nur in diesen Bundesländern, sondern in ganz Oesterreich die Bevölkerung zum Nachdenken veranlasst. Die weitverbreitete naive Vorstellung, Neutralität bedeute einen absoluten Schutz gegen jeden Angriff von aussen, ist durch diese Veröffentlichung erschüttert worden. Vor allem in nichtsozialistischen Kreisen beginnt man sich Rechenschaft zu geben, dass die Auffassungen der Leitungen der Oppositionsparteien in bezug auf die Landesverteidigung doch richtig sind. Die Notwendigkeit eines modernen Bundesheeres wird diskutiert und immer mehr anerkannt. Wieweit dieser Gesinnungswechsel im Hinblick auf die kommenden Gesamtwahlen weiter entwickelt wird, hängt von der Geschicklichkeit der Oppositionsparteien ab. Unter Umständen könnte sich, langfristig gesehen, die Publikation der Polarka-Pläne für die Regierungspartei zum Nachteil auswirken.

Für das Landesverteidigungsministerium und die Regierung brachte die Veröffentlichung des Polarka-Planes keine Neuigkeit. Den Gesprächen mit verschiedenen hohen Offizieren konnte ich entnehmen, dass diese Pläne schon vorher bis auf gewisse Details bekannt waren. Es sind in den letzten Jahren vom Bundesheer auch Uebungen durchgeführt worden, denen dieser Durchmarschplan zu Grunde lag. Nach Aussagen von Verteidigungsminister Lütgendorf hat sich eine innenpolitische Frage ergeben, die früher nicht beachtet wurde: im Falle eines Durchmarsches im Sinne der Polarka-Operation würde Wien und damit die Regierung und das Landesverteidigungsministerium vom übrigen Teil Oesterreichs abgeschnitten. Es ergibt sich nun die Frage, wer mobilisiert die Truppen im nicht berührten österreichischen Gebiet. Dafür fehlen die notwendigen gesetzlichen Regelungen. Wohl nimmt man an, dass die Landeshauptleute und die zuständigen Truppenkommandanten versuchen würden, das Bundesheer in den unbesetzten Gebieten zu mobilisieren; irgendwelche Kompetenzen zu dieser Aktion stehen ihnen aber nicht zu. Lütgendorf wird versuchen, innerhalb kürzester Zeit entsprechende Gesetzesvorlagen auszuarbeiten und dem Parlament zu unterbreiten.

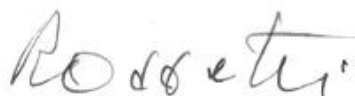
Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass auch bei einem Regierungswechsel das gegenwärtige Vakuum in der österreichischen Landesverteidigung nicht eliminiert werden könnte. Bei der früheren 9monatigen Dienstzeit verfügte Oesterreich über eine ständige Bereitschaftstruppe. Durch die von

- 3 -

Kreisky durchgeführte Reduktion der Dienstzeit auf 6 Monate ist dieser ständige Bestand des Bundesheeres verschwunden. Das Landesverteidigungsministerium hat nun die Reorganisation des Bundesheeres veranlasst, die aber erst 1977 beendet sein wird. Während dieser Zeit ist das Bundesheer sehr stark geschwächt und kaum in der Lage, innerhalb nützlicher Frist einen überraschenden Angriff abzuwehren. Mit der Einführung einer ständigen Bereitschaftstruppe durch die Bundesheerreorganisation wird diesem Uebel abgeholfen werden, dafür braucht aber Oesterreich noch einige Jahre Zeit.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter



(Rossetti)